

Jean Weydert SJ

Die Ausländerfrage in Europa

In den meisten Ländern Europas ist die Ausländerfrage ein entscheidendes Problem geworden. Dafür gibt es mehrere Gründe: die hohe Zahl der Ausländer, die Tatsache, daß viele nicht mehr als „Gastarbeiter“, sondern als bleibende Einwohner unserer Länder betrachtet werden müssen und daß viele von ihnen aus Ländern kommen, die eine ganz andere Kultur als die der Aufnahmeländer haben. Das trifft besonders für die Muslime zu. Auch in gewissen südeuropäischen Ländern, wie Italien oder Spanien, die bisher ausschließlich Auswanderungsländer waren, gibt es heute eine beachtliche Anzahl von ausländischen Arbeitnehmern, die meistens aus Nordafrika kommen.

Diese allgemeine Entwicklung schafft überall mehr oder weniger starke Spannungen zwischen der einheimischen und der eingewanderten Bevölkerung, Spannungen, die durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die Arbeitslosigkeit verschärft werden. In allen Ländern ist die öffentliche Meinung gespalten. Die einen fürchten diese Invasion: Die Ausländer bedrohen die Sicherheit der Straße, der Arbeitsplätze, und die nationale Identität; sie müßten nach Haus zurückkehren. Die anderen finden sich mit dem Gedanken ab, daß viele Ausländer bleiben werden und daß ein Zusammenleben, eine Integration erstrebt werden solle. Die Politik der Regierungen ist zögernd, nicht immer kohärent.

Es ist fast unmöglich, so komplexe Fragen, die so verschiedene ausländische und nationale Bevölkerungen betreffen und die Traditionen und Institutionen mehrerer Länder berühren, in einem einzigen Beitrag zu erörtern. Es soll trotzdem versucht werden, einige gemeinsame Probleme und Zukunftsperspektiven zu skizzieren. Zunächst geht es um die Frage: Warum sind sie hier? Dann sollen die drei Hauptprobleme und die politischen Antworten darauf kurz dargelegt werden. Schließlich soll ein Wort gesagt werden zu den vor uns liegenden Zukunftsaufgaben.

Warum sind sie hier?

Gewöhnlich antwortet man auf diese Frage: Sie sind gekommen, weil sie keine Arbeit in ihrem Land hatten, weil sie hofften, eine besser entlohnte Beschäftigung bei uns zu finden. Das ist nicht falsch, aber es ist nur die halbe Wahrheit. Sie wurden in den sechziger Jahren auch von unseren Ländern angezogen. Damals hatten wir ein starkes wirtschaftliches Wachstum und einen großen Bedarf an

Arbeitskräften, besonders für nichtqualifizierte Aufgaben, für die keine einheimische Arbeitskraft mehr zu finden war. Manchmal hat man die Ausländer abgeholt; jedenfalls förderte man die Einwanderung und nahm die sogenannten „Gastarbeiter“ gerne auf.

Gewiß haben sie aus ihrer Arbeit Nutzen gezogen, allerdings nicht ohne erheblichen menschlichen Einsatz. Sie halfen uns auch, die hohen Wachstumsraten, die wir in den sechziger Jahren kannten, beizubehalten. Dank ihrer Tätigkeit konnten die einheimischen Arbeitnehmer eine ständige Verbesserung ihrer Löhne und ihres Berufsstatus erreichen.

In der jetzigen Situation der Wirtschaft behaupten viele, wir bräuchten sie nicht mehr. In mehreren Industriezweigen – zum Beispiel in der Automobilindustrie – läßt der technische Fortschritt nichtqualifizierte Arbeitsplätze verschwinden, auf denen Ausländer beschäftigt waren. Aber in vielen anderen Sektoren der Wirtschaft bleiben sie unentbehrliche Mitarbeiter. Wenn sie gingen, hätten wir nicht weniger, sondern mehr Arbeitslosigkeit.

Vor allem aber muß betont werden, daß sie nicht nur Arbeitskräfte, sondern Menschen sind. Es war ein Irrtum zu denken, sie würden kommen, bei uns ein paar Jahre bleiben und, nachdem sie eine Rücklage gebildet hätten, nach Hause zurückkehren. Die Ausländer mußten sich schwer anstrengen, um in ihrer neuen Umgebung leben zu können. Sie mußten sich anpassen, neue Sprachen, neue Sitten lernen. Sie sind zum Teil anders geworden. Manche haben ihre Frau und ihre Kinder kommen lassen. Für einen beachtlichen Teil von ihnen ist die Rückkehr nicht mehr selbstverständlich. Natürlich träumen sie davon, aber sie wissen, daß diese Rückkehr nicht unproblematisch geworden ist, und werden wahrscheinlich bleiben.

Der Anwerbestopp in den Jahren nach 1973 hat diese Entwicklung gefördert. Viele haben sich entschlossen, in ihren Gastländern zu bleiben, weil sie fürchteten, nicht zurückkommen zu können, wenn sie bei einer Rückkehr in ihre Heimat dort das Erwünschte nicht gefunden hätten. Andere beeilten sich, ihre Familien kommen zu lassen, solange es noch möglich war. Die jungen Leute, die im Einwanderungsland geboren sind, haben nie das Land ihrer Eltern verlassen. Sie sind im eigentlichen Sinn keine Einwanderer, obwohl sie sich nicht ganz wie die anderen Einwohner des Landes fühlen.

Es seien auch die politischen Flüchtlinge nicht vergessen. Man weiß, daß es ihr sehnlichster Wunsch ist, eines Tages in ihr befreites Land zurückkehren zu können. Aber vielleicht werden sie leider lange Jahre darauf warten müssen. Manche werden sich auch in den Ländern niederlassen, die sie aufgenommen haben.

Wir müssen akzeptieren, daß eine gute Anzahl von Menschen, die vom Ausland kommen, jetzt zur ständigen Bevölkerung unserer Länder gehören.

Drei gemeinsame Probleme – Drei politische Antworten

Aus den vielen Problemen, mit denen man heute zu tun hat, sollen drei genannt werden, die überall in Europa besonders aktuell sind: der Beruf, die Wohnung, die Schule.

1. *Der Beruf*

Das typische Bild eines ausländischen Arbeitnehmers ist das eines ungelerten Industriearbeiters männlichen Geschlechts. Dieses Bild trifft nicht mehr ganz zu. Ein großer Teil der ausländischen Arbeitnehmer ist jetzt im Dienstleistungssektor tätig, im allgemeinen immer noch auf niedrigbezahlten Arbeitsplätzen. Nur wenige konnten zum Beispiel ein Lebensmittelgeschäft oder ein Restaurant eröffnen. Unter diesen Arbeitnehmern gibt es jetzt viele Frauen. Trotz des Anwerbestopps leben in mehreren Ländern Einwanderer, die sich illegal dort befinden und schwarz arbeiten.

Bis zum Ende der siebziger Jahre war die Arbeitslosigkeit unter den Ausländern nicht höher als unter den einheimischen Arbeitnehmern, weil man sie für Arbeiten brauchte, die die Ansässigen nicht übernehmen wollten. Heute ist ihre Situation schlechter. Sie ist besonders schlecht für diejenigen, die infolge der technischen Modernisierung entlassen wurden, und für viele junge Leute, die keine berufliche Ausbildung erhielten. In dieser Hinsicht teilen sie das Schicksal der anderen benachteiligten Schichten der Bevölkerung. Darüber hinaus müssen sie mit besonderen Schwierigkeiten kämpfen: oft einer ungenügenden Kenntnis der Sprache, nicht selten einer Diskriminierung bei der Anwerbung.

Die politische Antwort ist in allen Ländern eine doppelte. Einerseits trifft man Maßnahmen zur Förderung der Rückkehr der ausländischen Arbeitnehmer. Ein Teil der Ausländer läßt sich überzeugen zu gehen, gewöhnlich diejenigen, die schon dazu entschlossen sind. Doch das ist keine Lösung für die breite Masse. Trotz der Maßnahmen der Rückkehrberatung und der Rückkehrhilfe finden sie in ihrem Land nicht leicht eine Arbeit. Für die jungen Leute, die in den Gastländern geboren sind, bedeutet die „Rückkehr“ eine Entwurzelung. Die andere politische Antwort besteht aus einer aktiven Beschäftigungspolitik im Hinblick auf diejenigen, die bleiben. Das setzt eine Berufsausbildungspolitik voraus, die gleichzeitig den Fähigkeiten der ausländischen Arbeitnehmer und dem Bedarf der Wirtschaft entspricht. Eine solche Politik wurde noch nicht genug entwickelt.

2. *Die Wohnung*

Die Wohnungsfrage hat sich zu einem komplexen Problem entwickelt, zum einen wegen der hohen Zahl der Ausländer, die sich größtenteils in den ärmeren Vierteln der Städte konzentrieren; zum anderen auf Grund der Tatsachen, daß es sich nicht nur um einzelne, sondern um ganze Familien handelt.

Es ist nicht leicht, für ausländische Familien eine Wohnung zu finden. Einigen gelingt es, aus eigener Kraft etwas zu finden, meistens eine schlechte Wohnung in einem alten Viertel. Aber oft werden einige Jahre später die Häuser abgerissen, und dann stellt sich das Problem der Umquartierung der Einwohner. Im allgemeinen bewerben sie sich für eine Sozialwohnung, aber müssen manchmal lange warten. Haben sie einmal eine Wohnung gefunden, fällt es ihnen oft schwer, sich an neue Wohnverhältnisse zu gewöhnen. Oft ist auch die Wohnung zu klein für die Familie.

Die Wohnung ist ein wichtiger Ort gesellschaftlicher Beziehungen. Die Beziehungen zwischen Nachbarn, zwischen eingewanderter und einheimischer Bevölkerung, gestalten sich nicht immer leicht. Die ärmeren Viertel, in denen Ausländer wohnen, stehen in schlechtem Ruf. Sie gelten als Hort der Kriminalität und sie sind es teilweise auch. Gewöhnlich handelt es sich jedoch meines Erachtens um keine schwerwiegende Kriminalität; sie läßt sich zum großen Teil erklären durch die sehr schwierigen Verhältnisse, in denen ein Teil der ausländischen Bevölkerung in den Aufnahmeländern lebt.

Die Wohnungspolitik ist in vielen Ländern nicht zufriedenstellend. Es werden nicht genügend Sozialwohnungen gebaut, und die Qualität der Wohnungen läßt zu wünschen übrig. Man glaubt, ein harmonisches Zusammenleben aller nur dadurch sichern zu können, daß man in den Wohngebäuden und in den Stadtvierteln Ausländerquoten festsetzt und strenge Polizeikontrollen durchführt. Diese Maßnahmen führen aber noch nicht auf den Grund des Problems. Für sich allein genommen könnten sie sogar eine kontraproduktive Wirkung zeigen. Meines Erachtens ist es darüber hinaus angezeigt, die Irrtümer in der Konzeption der Wohnungspolitik und der Stadtplanung zu korrigieren. Außerdem können wir die Aufgabe eines normalen Zusammenlebens nicht lösen, solange wir die Ausländer im Beruf, in der Schule, in der Gesellschaft am Rand halten.

3. *Die Schule*

Die ausländischen Eltern erwarten gewöhnlich sehr viel von der Schule. Sie hoffen, daß die schulische Erziehung ihren Kindern eine Chance bietet, die sie selbst nicht hatten. Wieweit wird diese Hoffnung erfüllt?

Anfangs haben die ausländischen Kinder oft Schwierigkeiten mit der Landessprache. Spezielle Anpassungsklassen sind gewöhnlich für sie vorgesehen, aber oft in ungenügender Zahl. Dann kommen sie in die normalen Klassen, ohne daß ihre Sprachschwierigkeiten behoben würden, was ihre Zukunft endgültig kompromittiert. Im allgemeinen aber sind sie schulisch nicht weniger erfolgreich als die Kinder der vergleichbaren sozialen Schicht des betreffenden Landes.

Bei der Diskussion der Themen „Erlernen der Heimatsprache in der Schule“ und „Interkulturelle Erziehung“ im Europarat tauschte man Erfahrungen aus, wie man in den einzelnen Ländern die jeweiligen Sprachen der ausländischen Kinder

unterrichtet. Aufgrund verschiedener Versuche zeigte sich, daß im gegenseitigen Interesse der einheimischen und der eingewanderten Bevölkerung eine interkulturelle Erziehung der Kinder erstrebt werden solle.

Gemeinsame Aufgaben für die Zukunft

In allen Ländern ist die Integration der Ausländer, die bleiben werden, ein erklärtes politisches Ziel. Das setzt beiderseits präzise Bedingungen voraus.

Eine erste Bedingung besteht darin, den Ausländern die *Menschenrechte* voll zu sichern. Als Arbeitnehmer haben sie gewöhnlich bereits eine Reihe von Rechten, mindestens theoretisch. Die Theorie wird aber nicht immer Praxis. Vor allem ist zu bemerken, daß bisher ihre Aufenthaltsgenehmigung grundsätzlich von der Lage des Arbeitsmarkts abhing. Diese Genehmigung konnte plötzlich nicht mehr erneuert werden. In mehreren Ländern beginnt man, den Ausländern, die seit mehreren Jahren im Land weilen, eine Daueraufenthaltsgenehmigung zu geben. Die Menschen, die schon lange bei uns sind, haben das Recht auf einen klaren, dauerhaften rechtlichen Status. Die Freiheit, zu bleiben oder in ihr Land zurückzukehren, sollte ihnen voll gewährleistet werden. Und in der Europäischen Gemeinschaft ist zu wünschen, daß die Regierungen ihre verschiedenen nationalen Maßnahmen in Einklang bringen.

Ein anderes Grundrecht muß noch genannt werden: das Recht der ausländischen Arbeitnehmer, mit ihrer *Familie* zusammenleben zu können. Dazu heißt es in der „Erklärung zu Europa“ des Rats der Europäischen Bischofskonferenzen vom 29. Juni 1977: „Ehegatten haben das Recht, zusammenzuleben; dies gilt auch für die ausländischen Arbeitnehmer. Eltern haben das Recht, ihre Kinder zu erziehen, und Kinder haben einen Anspruch, in der Familie zu leben. Diese Rechte dürfen aus ideologischen, wirtschaftlichen und politischen Gründen nicht eingeschränkt werden.“

Wenn wir das Straßenbild unserer Städte betrachten, ist es offensichtlich, daß wir schon in einer *pluriethnischen, plurikulturellen Gesellschaft* leben. Diese Situation kann zu einer Begegnung im Dialog oder zu einer Konfrontation führen. Die Frage ist besonders akut in bezug auf die zahlreichen muslimischen Bevölkerungsgruppen, die bei uns wohnen. Es besteht die Gefahr, daß jeder sich in seiner Unterschiedenheit einschließt. Es gibt tolerante Muslime. Es gibt auch Bürger unserer Länder, die meinen, daß andere Kulturen bei uns keinen Platz haben. Beide Haltungen führen zu nichts. Wie die Ausländer leben, was sie gemeinsam mit uns haben, wird zu häufig ignoriert. Ihre Traditionen, ihre Werte werden mißverstanden und geringgeschätzt. Wenn die Kulturen verdrängt werden, muß man gefährliche Ausbrüche fürchten. Darum ist es so wichtig, daß sich das kulturelle Leben der Ausländer frei und öffentlich entfalten kann. Sofern ihre zahlreichen

Verbände nicht zu sehr auf ihrer ethnischen Partikularität bestehen, haben sie einen wichtigen Part in diesem Prozeß zu übernehmen.

Was die *politischen Rechte* der Ausländer betrifft, so bleiben sie einerseits ihrem Heimatland verbunden. Andererseits möchten viele mit Recht in den Gemeinschaften, in denen sie leben, ihr Wort sagen können. Ihre besondere Situation macht eine volle Einbürgerung im Aufenthaltsland problematisch. Muß man sie zwingen, ihre kulturelle Identität preiszugeben? Eine Lösung scheint mir die doppelte Staatsangehörigkeit zu sein. Selbstverständlich müssen die Modalitäten zwischen den jeweils betroffenen zwei Staaten ausgearbeitet werden. Als Zwischenlösung könnte man für diejenigen, die schon lange im Land wohnen und noch nicht entschlossen sind, sich einbürgern zu lassen, das Wahlrecht bei Kommunalwahlen ins Auge fassen.

Zur gemeinsamen Zukunft, die wir zu bauen haben, können die *Kirchen* viel beitragen. Der Glaube, den wir bekennen, gibt uns zwar kein fertiges Rezept für die Gestaltung einer pluriethnischen, plurikulturellen Gesellschaft in Europa. Er sagt uns aber, daß keine Lösung annehmbar ist, die nicht von der Gerechtigkeit und der Liebe für die Fremden und die Armen, von der Achtung für ihre Würde inspiriert wird. Und er fordert den Einsatz und die Aktion.

Einzelne Christen, christliche Organisationen, Verantwortliche in den Kirchen sind schon in allen Ländern im Kampf für die Rechte der Ausländer aktiv, sehr oft in ökumenischer Zusammenarbeit. Die Seelsorge für die Christen, die aus fremden Ländern kommen, ist eine andere wichtige Aufgabe. Sie sollte nicht nur Sache der ausländischen Missionen sein, sondern auch der Ortskirchen, die auf diese Weise eine konkrete Öffnung zur Universalität gewinnen würden.

Mehr als fünf Millionen Muslime leben heute in Westeuropa. Damit stellen sich den Kirchen neue Probleme, wie zum Beispiel die Präsenz von jungen Muslimen in den Schulen und in den christlichen Verbänden, oder die Realität christlich-islamischer Ehen. Die islamischen Bevölkerungsgruppen ihrerseits befinden sich in einer für sie gänzlich neuen Situation. Sie leben in der Diaspora, unter schwierigen sozioökonomischen Bedingungen, in einer pluralistischen und säkularisierten Gesellschaft, die in vieler Hinsicht ihren kulturellen und religiösen Grundwerten widerspricht. Diese Situation ist für manche ein Anlaß, sich vom Glauben zu entfernen; andere suchen eine Zuflucht in den radikalsten Bewegungen des Islams; andere aber stellen sich die Frage der Ermöglichung ihres Glaubenslebens in ihrer neuen Umwelt. Das kann zu einem fruchtbaren Dialog mit Christen führen.

Zwei Bücher sind kürzlich in Frankreich erschienen. Das eine heißt: „Die Einwanderer: der Schock“. Der Titel des anderen lautet: „Die Einwanderung: eine Chance für Frankreich“. Dies scheint scharfsinniger und für die Zukunft ermutigender zu sein. Tatsächlich bietet die Präsenz der Einwanderer in unseren Ländern die Möglichkeit einer gegenseitigen Bereicherung. Sie sind eine Chance für Europa.